

Monatsbericht August 2001

- 1 - Armut in Europa: Beispiel Kosovo**
- 2 - Sozialversorgung im Kosovo**
- 3 - Menschenhandel im Kosovo**

Einleitung

Nachdem die Lage im benachbarten Mazedonien sich beruhigt und der Strom der Flüchtlinge von dort nachgelassen hat, herrscht auch im Kosovo relative Ruhe. Dennoch gibt es weiterhin unerklärlich grausame Morde - so die Auslöschung einer 6-köpfigen Familie in der Nähe von Peja (Nordwesten) - deren Motiv sich auch die Polizei nicht erklären kann. Mit den herannahenden Wahlen werden politische Verbrechen erwartet, doch noch scheint der Frieden gewahrt zu sein.

Die Reaktion der - offiziell muslimischen - Albaner auf die Ereignisse in Amerika war einstimmig pro-amerikanisch, was durch riesige Solidaritätsdemonstrationen bewiesen wurde.

Beunruhigend ist jedoch der herannahende Winter, von dem man vermutet, daß er nicht so harmlos wie der letzte, sondern eher sehr hart sein wird. Die Stromversorgung nähert sich dem Nullpunkt, obwohl die beiden Stromwerke weiterhin munter die Umwelt verschmutzen. Ein französischer Ingenieur verriet mir des Rätsels Lösung: Der kosovarisch produzierte Strom wird nach Montenegro exportiert, aus dem erschreckenden Grund, weil die Kosovaren im Gegensatz zu den Montenegrinern ihre Stromrechnungen einfach nicht zahlen. Dies mag zum einen an der Armut (siehe unten) liegen - Strom ist wirklich extrem teuer¹ - aber sicherlich auch an einem Mangel an Disziplin. Viele Menschen zapfen einfach die Stromleitung ihrer Nachbarn an. Ein kürzlicher Streik der Müllabfuhr führte zu einer Überschwemmung mit Abfall, der einem den Atem nimmt. Die Müllberge mitten in Pristina sind meterhoch und erstrecken sich über weite Flächen. Die Einwohner (außer den Internationalen) nehmen dies mit einer stoischen Ruhe hin, die aus einer jahrhundertelangen Machtlosigkeit und der Apathie des Kommunismus resultieren mag. Eigeninitiativen um diesen unangenehmen und gesundheitsgefährdenden Umstand zu beseitigen gibt es außer Verbrennungen von einzelnen Müllbergen keine.

Erschreckender noch als der Gestank und die giftigen Dämpfe der brennenden Abfallhaufen sind die vielen Menschen, die scheinbar ohne Scham den ganzen Tag

¹ Zur Verdeutlichung: obwohl der letzte Winter mild war und ich nicht übermäßig heizte (und nur ein Zimmer, da meine Wohnung keine Zentralheizung besitzt) und dazu noch oft Stromausfall war, betrug meine Rechnung 150 DM pro Monat. Sehr vielen Familien aber stehen nur um die 200 DM Einkommen monatlich zur Verfügung.

diese Berge nach brauch-oder eßbarem durchwühlen. Dieses Schauspiel ist ein offener Beweis dafür, daß es hier nicht nur große Häuser und teure Autos gibt, die auf den ersten Blick den Schein eines allgemeinen Wohlstandes vermitteln, sondern auch bittere Armut.

Vielmals wurde ich gebeten, über das Sozialwesen im Kosovo zu berichten, doch erscheint es mir wichtig, erst einmal einen Überblick über die Hintergründe d.h. die Bedürftigkeit der Menschen nach Sozialstrukturen zu geben.

Da mir die menschlichen und logistischen Ressourcen für eine ausführliche Studie fehlen, werde ich größtenteils auf die Nachforschungen der Weltbank² zurückgreifen.

1 - Armut in Europa: Beispiel Kosovo

Schon zu Zeiten der Republik Jugoslawiens gehörte der Kosovo zu den ärmsten Regionen des Landes. Dies hat sich durch die Jahre der serbischen Repression und den Konflikt 1999 drastisch verschärft.

Gehen wir von der lokalen Wahrnehmung von Armut aus:

„Die Armen haben kein Einkommen. Sie haben keine Ersparnisse. Sie haben wenige berufliche Fähigkeiten und kaum eine Ausbildung. Sie besitzen wenig oder gar kein Land. Sie essen qualitativ minderwertige Nahrung. Sie sind abhängig von Almosen der Nachbarn oder humanitärer Hilfe. Sie leben in alten Lehm- oder Steinhäusern, denen selbst die grundlegendste Einrichtung fehlt. Sie kleiden sich ärmlich und können sich nicht einmal das Waschen (d.h. die Waschmittel) ihrer Kleidung erlauben. Die meisten ihrer Kinder erhalten nicht mehr als eine Grundschulausbildung. Sie können sich keine Medikamente leisten, wenn sie krank sind. Die Armen haben keine Möglichkeit, sich von den erlittenen Verlusten durch den Konflikt zu erholen, noch können sie ihr Leben ohne Hilfe wieder aufbauen.“³

Diese Beschreibung betrifft laut Definition der Weltbank die *extrem Armen*. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß 12 % der Kosovaren als *extrem arm* bezeichnet werden können, während 50 % als *arm* gelten.

Die Verteilung ist wie folgt:

- 11,6% der *extrem Armen* und 52% der *Armen* leben in ländlichen Gebieten,
- während 12,5% der *extrem Armen* und 47,5% der *Armen* aus den Städten kommen.
- *Extrem Arme* gibt es etwas mehr unter Albanern (verständlicherweise, da ungefähr 88% der Kosovaren Albaner und nur um die 7% Serben sind) als unter Serben. Roma sind allerdings am schlimmsten betroffen.

Die hauptsächlichen Ursachen für diese Armut sind

- alte und kranke Menschen im Haushalt
- viele Kinder unter 15 Jahren
- allein erziehende Mütter

² Kosovo Poverty Assessment, Volume 1 and II, July 2001. Da es sich hierbei um ein Draft handelt, bin ich nicht befugt, wörtlich zu zitieren, dennoch steht das Dokument der Öffentlichkeit zur Einsicht zur Verfügung.

³ Nicht wörtliche Übersetzung aus dem Bericht der Weltbank

- Mangel an Ausbildung
- Arbeitslosigkeit
- kein oder sehr wenig Grundbesitz
- Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen
- Geringer oder unzureichender Viehbestand
- Lebensbedingungen: extreme Armut ist sehr viel höher unter Familien, die in Lehm- oder Steinhäusern ohne Toiletten/sanitäre Anlagen leben

Zusätzlich aber spielen auch folgende Faktoren, die durch den Konflikt entstanden sind, eine Rolle:

- körperliche und geistige Behinderungen
- **laut Weltbank-Untersuchungen ist die Wahrscheinlichkeit der extremen Armut unter Rückkehrern zweimal so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. Die Ursachen dafür sind erschwerter Zugang zu Landbesitz und der Mangel an nicht -landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen.**

Viele Rückkehrer (tägliche Interviews mit Betroffenen, die unser Büro besuchen) haben es geschafft, mit den häufig sehr geringen Ersparnissen (meistens wegen fehlender Arbeitserlaubnis in Deutschland) ihr Haus wieder einigermaßen bewohnbar zu machen. Danach allerdings ist der Großteil mittellos.

Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen oder humanitärer Mittel gegenüber Rückkehrern ist die Norm.

Entgegen der Erwartungen vieler sind 12% der Bevölkerung, die nicht vertrieben war, extrem arm, während laut Weltbank 23% der rückkehrenden Emigranten als extrem arm zu bezeichnen sind!

Mangel an Bildung und Armut

Aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage des Kosovo, haben 38% der Arbeitslosen im vergangenen Jahr nicht ernsthaft nach Arbeit gesucht.

Ein weiterer Grund für die Resignation ist auch der Stand der Bildung in der Provinz. Inadäquate Bildung und Armut hängen hierbei in einem Teufelskreis zusammen.

Das Analphabetentum liegt bei Albanern und Serben auf ungefähr 10% (nachdem es bereits auf 5% gesunken war), bei den anderen Volksgruppen (vor allem der Roma) jedoch liegt es bei über 20%. Dies wiederum führt zu extrem hoher Arbeitslosigkeit unter diesen Gruppen.

Auch Geschlechts- und ethnische Unterschiede beim Schulbesuch vor allem in ländlichen Gegenden spielen eine große Rolle bei der Bildung der kosovarischen Gesellschaft.

Während Schulanmeldungen von Serben konstant 90% betragen, besuchen nur 59% der Albaner in ländlichen und gegen 80% in den Städten die Schule. Nur 46% der übrigen ethnischen Gruppen schicken ihre Kinder in die Schule.

Nur die Hälfte der albanischen Mädchen verfolgt eine Ausbildung über das achte Schuljahr hinaus, während bei den Serben mehr Mädchen zur Schule gehen als Jungen.

20% der Kinder in Städten, die nicht zur Schule gehen, kommen aus sehr armen Verhältnissen. Ein gutes Beispiel ist der Bezirk um den alten Markt. Ein großer Teil der Verkäufer sind Kinder im schulpflichtigen Alter. Meinen Beobachtungen zufolge (ich wohne in diesem Viertel) sitzen diese Kinder tagtäglich von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends hinter ihren kleinen Ständen. Bei den meisten dieser Kinder handelt es sich um intern Vertriebene aus den umliegenden Dörfern.

Die Abwesenheit vom Schulunterricht der nicht-serbischen Minderheiten hat mehrere Gründe:

- Angst vor Diskriminierung
- fehlende finanzielle Mittel für Kleidung, Schulmaterial, Transport
- Kinder als Zuverdiener entweder in landwirtschaftlichen Tätigkeiten oder auf dem schwarzen Markt (Verkauf von Zigaretten, etc.)

Erschreckend ist die täglich steigende Zahl bettelnder Kinder vor allem in Pristina und deren insistierende Art. Wo sie noch vor einigen Monaten nur an den Tischen in hauptsächlich von Internationalen besuchten Restaurants und Cafes handaufhaltend vorbeigingen, bleiben sie jetzt solange stehen bis sie etwas bekommen haben. Nur sehr wenige der Internationalen sehen die Gefahr, diesen Kindern Geld zu geben und sie somit zur Einnahmequelle der Familien zu machen, wobei der Schulbesuch in immer weitere Ferne rückt.

Positiv zu vermerken ist jedoch, daß auch viele sehr arme Familien relativ viel Geld für Bildung ihrer Kinder ausgeben.

Soweit der kurze Überblick über die sozialen Verhältnisse im Kosovo. Aufbauend auf die Studie der Weltbank, entwickelte die Abteilung für Gesundheit und Sozialfürsorge (im folgenden DHSW) von UNMIK eine *Strategy for Social Protection* im Juni 2001.

2 - Sozialversorgung im Kosovo

Sandra Hudd, die Leiterin der Abteilung, erklärte mir die Aussichten und Möglichkeiten - nach den Einschätzungen des DHSW - der nächsten 5 Jahre:

In 2 bis 3 Jahren werden die Spendengelder spätestens endgültig versiegen. Dann wird der Kosovo alle Kosten der Sozialversorgung selbst übernehmen müssen. Da nicht damit zu rechnen ist, daß das kosovoeigene Budget bis dahin sehr hoch sein wird, muß jetzt genau kalkuliert werden, welche Sozialleistungen auch dann noch realisierbar sind.

Bis dato bestand die Sozialversorgung im Kosovo aus Nahrungsmittelverteilung oder einer kleinen Sozialhilfe⁴. Obwohl die Nahrungsmittelverteilung schon im März diesen Jahres abgeschlossen sein sollte, gibt es auch heute noch zahlreiche Bedürftige - siehe Weltbankbericht - die ohne diese Hilfe nicht überleben können. Denn Sozialhilfe bekommt nur, wer unter anderem folgende Kriterien erfüllt:

⁴ nur wer die Kriterien für die Sozialhilfe nicht erfüllt, hat bei großer Armut das Recht auf Nahrungsmittelhilfe

- mindestens ein Kind unter 5 Jahren
- weniger als 1 Hektar Landbesitz

Auch wenn das DHSW die Problematik dieser Kriterien anerkennt, so müssen doch irgendwo Grenzen gesetzt werden, schon allein aufgrund des limitierten Budgets von UNMIK.

Nahrungsmittelhilfe

Laut George Elion vom World Food Programme (WFP) bekommen heute noch 100.000 Menschen Nahrungsmittelhilfe. Dies betrifft vor allem

- allein erziehende Mütter mit bis zu 4 Kindern
- ältere Menschen
- Waise
- sehr große Familien

Im März 2002 wird WFP endgültig den Kosovo verlassen. Bis dahin soll diese Hilfe auf 20.000 Begünstigte reduziert werden. Schon heute wird daher nach lokalen Partnern gesucht, die diese Aufgabe übernehmen kann.

Das Problem wird v.a. logistischer Natur sein, weshalb WFP bereits angefangen hat, Kosovaren auszubilden.

Die Nahrungsmittelpakete enthalten:

12 kg Mehl
 1 kg Zucker
 1 Öl
 1 kg Bohnen

pro Person und Monat.

Sozialhilfe

Momentan profitieren 55.000 Familien, d.h. 200.000 Menschen beider Kategorien (siehe frühere Berichte der Infostelle) von Sozialhilfe. Bei einem Höchstsatz von 120 DM und einem Mindestsatz von 65 DM pro Familie betragen die Kosten für UNMIK DM 6,0 Mio. pro Monat.

Da das Banksystem im Kosovo, besonders in den serbischen Enklaven, noch nicht ausgereift ist und nur relativ wenige Menschen ein Konto besitzen, arbeitet das DHSW zur Zeit in den albanischen Teilen der Provinz über die BPK Bank. Dort liegen Listen der Begünstigten aus und das Geld wird bar ausgezahlt. Im serbischen Nordteil operiert nur die Yugoban, die von UNMIK nicht anerkannt wird. So bekommen serbische Begünstigte ihre Sozialhilfe über die Rathäuser.

Allerdings wird die allgemein anerkannte MEB (Micro Enterprise Bank) angeblich bald eine Filiale im Norden eröffnen, was die Auszahlungen erheblich erleichtern würde.

Die Zentren für Sozialfürsorge (CSW) sind zum größten Teil inadäquat ausgestattet und ihr Personal ist oft unzureichend ausgebildet. So gibt es im Kosovo z.B. keinen Studiengang für Sozialarbeiter. UNMIK versucht derzeit mit Hilfe von einigen Regierungen und der Weltbank diesen Studiengang zu eröffnen.

Um Sozialhilfe zu beantragen, müssen Bedürftige ein Formular bei dem Institut für Sozialpolitik ausfüllen. Dieses Institut sowie die CSW werden von lokalen Kräften geführt. Dabei besteht die Gefahr der Diskriminierung, die uns oft von Rückkehrern bestätigt wurde. Seit kurzem stellt die Organisation „Action against Hunger“ jedoch Überwachungsteams, die solche Diskriminierungen und das Ausnutzen des Systems verhindern sollen.

Für isolierte Enklaven stehen 19 Sozialarbeiter bereit, die die Auswahl der Begünstigten treffen.

10 von 12% extrem armer Menschen bekommen Sozialhilfe.

Laut Frau Hudd ist es unmöglich, die finanziellen Mittel zu finden, um extreme Armut wie im *Living Standards Monitoring Survey* (unterstützt von der Weltbank) beschrieben, abzubauen.

Was realistisch im Rahmen der bestehenden finanziellen Mittel mittelfristig an Sozialfürsorge gesichert kann, ist folgendes⁵:

- die Einführung eines Sozialplans für Veteranen und zivile Opfer während diesen Jahres
- eine einmalige Auszahlung während des nächsten Jahres an alle diejenigen, die unter die ehemalige Rentenfürsorge fallen
- die Einführung eines Rentensystems Ende 2002
- die Einführung einer begrenzten Familienunterstützung im Jahr 2004

Bis im März 2000 waren sehr arme Familien von Strom- und Wasserzahlungen ausgeschlossen. Dies kann allerdings nicht wiederholt werden.

Alleinerziehende Mütter oder behinderte Menschen bekommen **nicht** mehr als andere Bedürftige.

Beiträge zur Sozialfürsorge

Da die finanziellen Mittel von UNMIK über die nächsten Jahre stark reduziert werden und mit der steigenden Anzahl von Rückkehrern und dem damit verbundenen Verlust der Diaspora-Gelder die Bedürfnisse im Kosovo ansteigen werden, muß die zukünftige Sozialfürsorge sehr vorsichtig geplant werden.

In den meisten entwickelten Ländern wird der Großteil der Sozialfürsorge von Beiträgen aus der Bevölkerung finanziert.

Auch wenn dies sicherlich ein Ziel im Kosovo ist, so würden solche Beiträge aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der geringen Gehälter momentan keine entscheidende Wirkung auf das Staatsbudget ausüben.

⁵ *A Strategy for Social Protection in Kosovo*, Department for Health and Social Welfare, UNMIK, S. vii

Zudem würde die Einführung einer Gehaltssteuer sicherlich zu einer kleinen Revolution führen, denn die einzigen, die hier hoch bezahlt werden, sind die lokalen Mitarbeiter der UNO, die laut UN - Regelung von Einkommenssteuer ausgeschlossen sind. Somit würde die ganze Last auf ohnehin unterbezahlte Angestellte im öffentlichen Dienst fallen, da sie die einzigen vom Staat wirklich erfaßbaren Einkommensquellen darstellen.

Würde man diese Arbeitsgruppe 10% ihres Gehalts als universellen Sozialversicherungsbeitrag zahlen lassen, würden die so erlangten 18 Mill. DM keinen großen Unterschied im allgemein dargestellten Bild machen.

Generell geht das DHSW davon aus, daß die Löhne im Kosovo zu gering sind, um Steuern verlangen zu können.

Auch Steuern auf Luxusgüter, die soeben eingeführte Mehrwertsteuer, Benzin - und Zigarettensteuer bringen keine zusätzlichen Mittel, da sie schon jetzt in die Zukunftsplanung einbezogen sind.

All diese Tatsachen laufen darauf hinaus, daß die Höhe der Ausgaben für Sozialfürsorge in den kommenden Jahren vorher festgelegt werden muß, um eine graduelle Reduzierung zu vermeiden. Dies bedeutet jedoch, daß die Kriterien für Begünstigte sehr eng sein müssen und daß z.B. Renten erst dann versprochen werden können, wenn feststeht, daß lokale Ressourcen die Spendengelder ersetzen können.

Im Klartext bedeutet dies:

Krankenversicherung

Wie oben erwähnt, ist es derzeit (wiederum laut Einschätzungen des DHSW) inakzeptabel und unrentabel, Steuern einzuziehen. In absehbarer Zeit wird es daher - außer kleine Privatversicherungen - **keine** gesetzliche Krankenversicherung geben.

Arbeitslosenversicherung

Auch diese wird es aufgrund der oben genannten Tatsachen in nächster Zeit nicht geben können, schon alleine weil die Arbeitslosigkeit zwischen 50% und 70% beträgt und nur Angestellte im öffentlichen Dienst, bei internationalen Organisationen und Geschäftsinhaber registriert werden können, nicht aber die Tausende, die im sogenannten informellen Sektor (Straßenverkauf, etc.) arbeiten.

Renten

Die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung über das Ausbleiben von Renten (Serben bekommen weiterhin Renten von Belgrad) wurde so laut, daß selbst die politischen Parteien begonnen haben, sie als die einzig zusätzliche Priorität (die erste ist die Unabhängigkeit des Kosovo) in ihre politischen Programme aufzunehmen. Dabei versprochen sie Dinge in den lokalen Zeitungen, die sie nicht einhalten können.

Realistischerweise könnte eine einmalige Auszahlung von UNMIK an Pensionäre, d.h.

■ Menschen über 65 Jahre

- wohnhaft im Kosovo seit mindestens 15 Jahren im Alter zwischen 15 und 65 Jahren
- ohne Arbeit
- nicht berechtigt für Kriegsrente
- oder aus anderen Gründen unter dem ehemaligen jugoslawischen Systems rentenberechtigt

finanziert werden.

Das DHSW jedoch empfiehlt eine monatliche Rentenauszahlung von ungefähr 65 DM monatlich für Einzelpersonen und 90 DM für Paare.

Der Beginn der Rentenauszahlung sollte Mitte 2002 sein - und OHNE Beiträge der Bevölkerung von der Regierung übernommen werden.

Die oberste Finanzbehörde im Kosovo scheint jedoch entgegen der Empfehlungen dieser gründlichen Untersuchung beschlossen zu haben, ab Januar 2002 Lohnsteuer zu erheben. Warum dies gerade jetzt (kurz vor den Wahlen) bekannt gegeben wurde, zumal eingeschränkt durch erhebliche Vorbehalte, ist unklar.

Laut Pressemeldungen in den letzten Tagen hier sollen 10% Steuern und 5% Rentenbeiträge von der Bevölkerung bezahlt werden.

Real wird dies bedeuten, daß

- gerade diejenigen, die am meisten verdienen, die UNMIK-Angestellten, von der Steuer befreit sind
- Menschen, die durch Wohnungsvermietungen an Internationale sehr viel Geld verdienen, nicht erfaßt werden können, da es kaum Verträge gibt, auch nicht zahlen werden
- die wirklich Reichen, die ihr Geld oft durch illegale Machenschaften verdienen, sicherlich nicht freiwillig Steuern zahlen werden
- die öffentlich Angestellten fast die einzigen sein werden, die auf jeden Fall werden zahlen müssen, wobei sie die geringsten Gehälter erhalten.

Außer der berechtigten enormen Unzufriedenheit der öffentlich Angestellten, deren Beiträge wie schon erwähnt ohnehin keine zusätzlichen Mittel erbringen werden, werden - wie immer - die davon kommen, die substantielle Beiträge leisten könnten. Denn wenn die Bevölkerung schon nicht einsieht, daß man für Dienstleistungen wie Strom und Wasser zahlen muß, werden sie unter diesen Voraussetzungen die Notwendigkeit von Steuern sicher noch weniger einsehen.

Pristina, den 22. September 2001
Christina Kaiser